



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 15. Dezember 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzungen vom Montag, 18.12.

Fokusthema: **Bildung und Finanzen**

Nach der Verabschiedung des Budgets Anfang Woche wird der Kantonsrat das Jahr am kommenden Montag mit einer Doppelsitzung zu Bildungs- und Finanzthemen beschliessen. Am Vormittag sind Geschäfte traktandiert, für welche die Bildungsdirektion zuständig ist, am Nachmittag sind jene aus der Finanzdirektion an der Reihe (ab Traktandum 38). Bei ersteren geht es vor allem um die Abschreibung oder Überweisung von Vorstössen, bei letzteren unter anderem um Nachtragskredite für 2023 und einen Beitrag für die Fussball-Europameisterschaft der Frauen 2025 in der Schweiz.

Abschreibung von vier Postulaten

Bei den Vorstössen aus der Zuständigkeit der Bildungsdirektion sind zunächst vier Postulate angesetzt, die aufgrund der Berichte des Regierungsrates als erledigt abgeschrieben werden sollen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) hat ihre entsprechenden Anträge einstimmig beschlossen. Die Beratung dieser Geschäfte wird als Kurzdebatte geführt. Das heisst, es können sich zwar alle Ratsmitglieder äussern, aber sie müssen ihr Votum auf zwei Minuten beschränken. Zum ersten Postulat hat der Regierungsrat dargelegt, wie er den digitalen Wandel an den Mittel- und Berufsschulen fördert – nämlich vor allem mit leistungsfähiger Technologie, neuen Formen des Lehrens und Lernens und auch der Weiterbildung der Lehrkräfte zur Stärkung ihrer digitalen Kompetenz ([5747](#)). Das zweite Postulat thematisiert die Aufgabenverteilung in der Integrativen Förderung ([5769](#)). Hier hat der Regierungsrat aufgezeigt, wie er die Gemeinden bei ihren entsprechenden Angeboten unterstützt. Beim dritten Postulat hat sich die KBIK in der Medienmitteilung zu ihrem Antrag zu einem französischen Titel hinreissen lassen: «Nous sommes en bonne voie!» ([5834](#)). Dieses Fazit zog sie nach den Auskünften des Regierungsrates zu seinen Bemühungen zur Förderung von Aufenthalten in der Romandie während der Schulzeit. Auch beim vierten Postulat geht es um Sprachen – konkret um das Angebot an Gymnasien für den Erwerb von Sprachzertifikaten ([KR-Nr. 263/2019](#)). Dazu hat der Regierungsrat ausgeführt, dass Gymnasiastinnen und Gymnasiasten freiwillig und kostenlos Vorbereitungskurse für eine Sprachzertifikatsprüfung besuchen können.

Alt-KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Postulate zu Menstruationsartikeln, Folgen der Dekarbonisierung und Lehrermangel

Anschliessend ist eine Reihe von Vorstössen traktandiert, bei denen der Rat darüber entscheidet, ob er sie an den Regierungsrat überweist. Eine Diskussion findet statt, weil entweder der Regierungsrat den Vorstoss ablehnt oder ein Ratsmitglied sich gegen eine diskussionslose Überweisung gewehrt hat. Vorher ist aber noch eine Interpellation angesetzt, die mit der Diskussion über die Antwort des Regierungsrates erledigt wird. Die SP hat diese Interpellation im Jahr 2020 eingereicht als Reaktion auf die Verschärfung der Disziplinarordnung an der Universität Zürich ([KR-Nr. 274/2020](#)). Jetzt besteht die Gelegenheit, die Sachverhalte auch im Rat nochmals zu diskutieren.

Mit dem ersten der drei Postulate verlangt der Grüne Benjamin Walder, unterstützt von SP, EVP, Mitte und AL, dass der Regierungsrat die kostenlose Abgabe von Menstruationsartikeln an öffentlichen Schulen prüft ([KR-Nr. 126/2021](#)). Ausserdem sei abzuklären, wie das Thema der Menstruation noch stärker in den Schulunterricht eingebaut werden kann. Beim nächsten Postulat geht es um die Unterstützung für Berufsleute, die durch die Dekarbonisierung in ihrer beruflichen Existenz bedroht sind ([KR-Nr. 127/2021](#)). SP-Kantonsrat Markus Bärtschiger fordert zusammen mit der EVP und der AL, dass der Kanton auch finanzielle Beteiligungen an Weiterbildungs- und Umschulungskursen in Erwägung zieht, falls diese zu den wirkungsvollsten Massnahmen gehören.

Anschliessend wird ein Postulat diskutiert, mit dem die Grüne Karin Fehr Thoma zusammen mit GLP, EVP und FDP vom Regierungs- und vom Bildungsrat Auskunft darüber verlangt, wie die Studierenden der Pädagogischen Hochschule auf der Primarstufe für den Unterricht in allen Fächern ausgebildet werden können ([KR-Nr. 162/2021](#)). Allenfalls soll es dabei möglich sein, die zweite Fremdsprache abzuwählen. Die Unterzeichnenden versprechen sich davon eine weniger aufwendige Rekrutierung von Lehrpersonen. Überweist der Rat ein Postulat, hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit, seinen Bericht dazu vorzulegen.

Nicola Siegrist (SP, Zürich), 078 944 01 00
Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73
Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), 077 438 26 29
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Nachtragskredite und Beiträge für die «UEFA Women's EURO 2025» und ein Kinderhospiz

Zu Beginn der Nachmittagssitzung befindet der Rat zuerst über zwei Nachtragskredite für 2023 ([5933](#)). 3,12 Millionen Franken zusätzliche Budgetmittel werden für Massnahmen für eine bessere Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie benötigt und 27 Millionen Franken sind in der Investitionsrechnung für Hochbauten einzustellen, da dort Projekte schneller vorangetrieben werden konnten, als im Budget vorgesehen. Die Finanzkommission beantragt einstimmig, die Nachtragskredite zu bewilligen. Im folgenden Geschäft geht es um einen Beitrag von 3,5 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Sicherheitsdirektion für die Fussball-EM der Frauen 2025 in der Schweiz ([5915](#)). Die FIKO unterstützt auch diesen Antrag des Regierungsrates einstimmig. Von den Geldern gehen 2 Millionen Franken an die Stadt Zürich für das «Host-Town-Programm». Der Rest des Betrags fliesst in Projekte des Kantonalen Sportamts. Das Zürcher Letzigrund-Stadion ist eine von acht Spielstätten an der EURO 2025. Geld aus dem Gemeinnützigen Fonds soll auch die Stiftung Kinderhospiz Schweiz erhalten ([5932](#)). Die FIKO beantragt einstimmig, 6 Millionen Franken für das Projekt «Kinderhospiz Flamingo» zu genehmigen. Die Stiftung will mit einem Neubau am Dorfrand von Fällanden das erste stationäre Kinderhospiz in der Schweiz errichten.

FIKO-Präsident: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Vorstösse zum Staatspersonal, zum Teuerungsausgleich und zu einer finanzpolitischen Reserve

Anschliessend sind verschiedene Vorstösse traktandiert. Der erste davon ist ein Postulat zu Flugreisen des Kantonspersonals, zu dem der Regierungsrat bereits Bericht erstattet hat ([KR-Nr. 91/2019](#)). Dieser Bericht hat die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) aber nur teilweise zufriedengestellt. Sie beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Die Minderheit (Grüne, SP, GLP) will in einer abweichenden Stellungnahme deutlich machen, dass der Regierungsrat zu wenig auf das Anliegen des Postulates eingegangen sei, vor allem, was Massnahmen zur Vermeidung von Flugreisen und die Berichterstattung über die Mobilität des kantonalen Personals betreffe.

Bei den weiteren Vorstössen entscheidet der Rat, ob sie an den Regierungsrat überwiesen werden. Zuerst ist eine Motion von FDP-Kantonsrat Mario Senn an der Reihe, der mit Unterstützung von SVP, GLP und Mitte verlangt, die Kündigungsfrist für Kader in der Kernverwaltung im 4. bis 9. Dienstjahr auf drei Monate festzusetzen ([KR-Nr. 29/2023](#)). Heute gelten für höhere Lohnklassen sechs Monate ab dem 3. Dienstjahr. Aus Sicht der Unterzeichnenden trägt dies der heutigen beruflichen Mobilität nicht Rechnung. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Beim Postulat von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel ist der Regierungsrat ebenfalls zur Entgegennahme bereit ([KR-Nr. 109/2023](#)). Weil sich ein Ratsmitglied bei der ersten Traktandierung aber gegen die diskussionslose Überweisung gestellt hat, wird der Vorstoss jetzt diskutiert. Zurfluh Fraefel verlangt mit Unterstützung von FDP und Mitte, die Modalitäten des Teuerungsausgleichs in der Personalverordnung festzuschreiben. Beim darauffolgenden Postulat ist die Ausgangslage die gleiche ([KR-Nr. 112/2023](#)). Hier fordert FDP-Kantonsrat André Müller, unterstützt von SVP und Mitte, Ausschüttungen der Nationalbank und andere Erträge, die nicht mit dem staatlichen Handeln des Kantons in Zusammenhang stehen, in eine finanzpolitische Reserve ausserhalb des Budgets

fliessen zu lassen. Sollte dann noch Zeit verbleiben, kann sich der Rat weiteren Geschäften annehmen, die Sie der unten verlinkten Traktandenliste entnehmen können.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38

Personelles:

Der Kantonsrat wird im ersten traktandierten Geschäft der Vormittagssitzung die Wahl der neun Mitglieder der Jugendhilfekommission für die Amtsdauer 2023 bis 2027 genehmigen ([5926](#)). Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) unterstützt den Vorschlag des Regierungsrates einstimmig. Die Jugendhilfekommission berät die Bildungsdirektion in Fragen der Kinder- und Jugendhilfe.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37